Nr. 16 Dezember 1985

rotdorn

INFORMATIONEN DER SPD MEDEBACH

Aus dem Rathaus

Ein gutes Jahr ist die Stadtvertretung im Amt. Probleme hat sie ausreichend aus den vorherigen Perioden übernommen, neue tun sich auf, andere treten deutlicher hervor, so ein geschärftes Umweltbewußtsein. Über die Fragen Kanal- und Straßenbau haben wir im letzten rotdorn berichtet. Die dringend erforderliche Lösung beim Fremdenverkehr steht immer noch aus.

Die mit dem Regierungspräsidenten vor zwei Jahren vereinbarte Schonfrist für die Erhebung kostendeckender Gebühren beim Abwasser läuft aus. Ab 1. Januar 1986 muß die Stadt über 3,— DM je cbm verlangen.
Vielleicht erinnert man sich noch daran, wie Ende 1983 — vor dem Wahljahr — über die Kanalgebühr gestritten wurde. Die SPD hatte beantragt, die immerhin rd. 300 Eigentumswohnungen im Stadtgebiet stärker zu den Kosten heranzuziehen und dadurch die Medebacher Einwohner wenigstens geringfügig zu entlasten. Sie bezog sich auf die Winterberger Sitzung, die von einem Mindestansatz von 80 cbm je Anschluß ausgeht, gegenüber 50 cbm in Medebach. Schließlich muß die Kanalisation für alle, auch die Zweitwohnungen, vorgehalten werden. Sie verursacht erhebliche Kosten, gleichgültig, wieviel Abwasser jeweils eingeleitet wird.

Damals erklärte die Verwaltung, gerade diese Bestimmung der Winterberger Satzung sei vom Verwaltungsgericht Arnsberg für unwirksam erklärt worden.

Nun liegt seit September 1985 die Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts Münster vor: Die Winterberger Satzungsbestimmung ist rechtlich einwandfrei. Wir fordern daher, ebenso wie Winterberg zu verfahren. Es kann doch nicht angehen, daß für alle ein Kanalisationssystem mit erheblichen Kosten geschaffen wird, Eigentümer von Ferienwohnungen aber, die sich nur zeitweise in Medebach aufhalten, dies ausnutzen, statt anteilmäßig zu bezahlen.

Darüberhinaus sind wir der Meinung, sämtliche Zweitwohnungen sollten mit einer städtischen Steuer belegt werden. Das Bundesverfassungsgericht hat dies bereits 1983 für zulässig erklärt.

Schließlich verursachen Zweitwohnungen auch zusätzliche Kosten. Nicht nur das Kanalnetz muß in seinem Umfang nach allen vorhandenen Wohnungen ausgelegt werden. Das gilt ebenso für die Wasserleitungen und den Straßenbau. Und letztlich trifft eine Zweitwohnungssteuer nicht gerade die ärmsten Mitbürger. Denn man muß ja schon über einiges Geld verfügen, um den Aufwand einer Zweitwohnung treiben zu können.

Wenn wir Medebacher Bürger schon so hohe Abgaben tragen müssen, ist nicht einzusehen, warum betuchtere Mitbürger nicht ebenfalls ihr Scherflein beitragen und damit die Stadtkasse entlasten sollten.

Ebensowenig ist übrigens einzusehen, daß die Stadt in Einzelfällen Gebühren bei den Bürgern eingezogen hat, die ihr nicht zustanden und die sie jetzt nicht, jedenfalls nicht in vollem Umfang, an die Betroffenen zurückgeben will. Daß die Gebührenbescheide nicht mehr anfechtbar sind, scheint uns kein ausreichender Grund für diese Haltung zu sein.

Die Rede ist von Kanalisationsgebühren, die die Stadt von sogenannten Kleineinleitern erhoben hat, die sie gar nicht zu zahlen brauchten. Diese Bürger werden jetzt mit der Kleineinleiterabgabe herangezogen. Die Stadt will ihnen zwar einen Teil der zuviel gezahlten Kanalgebühren auf die bis jetzt angefallenen Kleineinleiterabgaben anrechnen. Damit ist die Zuvielzahlung aber keineswegs immer aufgebraucht. Wir meinen, die Stadt sollte zu Unrecht eingezogene Gebühren entweder erstatten oder mindestens auf andere noch anfallende Gebühren anrechnen.

Nicht nur mit Fehlbeträgen in der Stadtkasse muß sich der Rat herumschlagen. Es fehlt vor allem an Arbeitsplätzen, unsere Gewerbebetriebe haben große Schwierigkeiten. Umso unverständlicher erscheint es uns, wenn die eine Abteilung des Regierungspräsidenten eine Änderung des Flächennutzungsplans (Aussiedlung eines Maurerbetriebes in Referinghausen) ablehnt, während eine andere Abteilung dieser Behörde bereits zugestimmt hat. Soll daran eine Sanierung des Dorfbildes scheitern, das jetzt durch das an unterschiedlichen Stellen betriebene Unternehmen nicht gerade verschönt wird? Geht es nicht auch hier um Arbeitsplätze?

Müllbeseitigung

— Kreistag bestätigt SPD Antrag —

Die SPD-Fraktion brachte am 16. 8. 85 im Rat der Stadt den Antrag ein, in Zukunft den Müll getrennt für wiederverwertbare Abfälle und Restmüll einzusammeln, so daß a) die Umwelt durch gesondertes und geringeres Müllaufkommen entlastet wird und b) sich die Kosten der Restmüllbeseitigung bei der Deponierung oder Verbrennung verringern und somit den Bürger zu entlasten. Unsere Begründung war und ist, daß durch getrenntes Einsammeln von Glas, Papier, Metall u. a. also der wiederverwertbaren Stoffe (sie könnten extra verkauft werden), die Menge des zu deponierenden Abfalls zu verringern sei (ca. 30%). Dies ist nicht nur umweltschonend, sondern für die zu entrichtende Gebühr (wir kommen noch darauf) von äußerster Wichtigkeit.

Bisher mußte die Stadt für ihren zu deponierenden Müll an den Kreis (der für die Deponierung zuständig ist) nach der Berechnungsgrundlage des Einwohner-Gleichwert-Jahr eine Gebühr von DM 10,30 entrichten. Die SPD Medebach war in ihrem Antrag der Meinung, daß bei einer Verminderung des zu deponierenden Mülls durch getrenntes Einsammeln der wiederverwertbaren Materialien, von dem Berechnungsmodus des Einwohner-Gleichwertes abgewichen werden muß, dies wäre zum einen ein Anreiz zur Verminderung des Müllaufkommens und verringerte zum zweiten die zu zahlende Gebühr. Der Kreistag kam nun dieser Forderung am 2. 10. 1985 mit einer Änderung der Gebührensatzung nach. Gleichzeitig wurde eine Erhöhung der Gebühren beschlossen (Hauptbegründung: wegen der Ferntransport-Kosten zur Müllverbrennungsanlage nach Hamm). Ab 1. 1. 86 beträgt die Gebühr pro m³ unverdichteten Müll's DM 15,—. Nach alter Berechnung wären dies DM 24,— Einwohner-Gleichwert gewesen!

Nun ist es also möglich (wie wir gefordert haben), nur nach dem tatsächlich zu deponierenden Müll, DM 10,70 pro m³ zu entrichten.

Es liegt jetzt an uns Bürgern, eine so weitgehende Selektierung (Aussortierung) des Hausmülls zu erreichen, daß die tatsächliche Menge des zu deponierenden Müll's so wenig wie möglich wird. Die SPD Medebach hat dazu bereits ebenfalls Vorschläge im Fachausschuß und im Rat der Stadt eingebracht.

Eine weitere Preissteigerung der Müllgebühren kann voraussichtlich nur durch die zu erwartende degressive Mengenentwicklung (verstärkte Aussortierung von verwertbaren Stoffen) in allen Städten und Gemeinden verhindert werden. Wenn dies aus eigener Kraft nicht möglich ist, muß es durch einen Zusammenschluß der Städte zu einem Müllbeseitigungs-Zweckverband erreicht werden.

Nach der neuesten Gebührenkalkulation der Stadtverwaltung wäre ab 1. Januar 1986 das Aufkommen an Müllabfuhrgebühren 44,40 DM pro Einwohner/Einwohnergleichwert (bisher 36,— DM).

Zum Wohle der Umwelt und unserer Bürger: packen wir's an, packen wir's schnell an!

Alte Deponien bereiten heute oft Sorgen.

Zur Person

Stadtvertreter Reinhard Schäfer ist bekannt dafür, zu Sitzungen zu spät zu kommen. Nicht weniger bekannt ist er dafür, an allen möglichen Ausgaben der Stadt ständige Kritik zu üben.
Ein besonderes Ärgernis war ihm der Bau der Dreifachturnhalle. Kaum eine Sitzung ließ er aus, seinem Unmut über diese „Verschwendung" Ausdruck zu geben.
Andererseits scheint er aber seine Sparsamkeit gänzlich zu vergessen, wenn es darum geht, der Landwirtschaft oder einem einzelnen Landwirt einen Vorteil zu verschaffen. Womöglich ist ihm da das Hemd seines Berufsstandes näher als der Rock des Stadtvertreters.
So verlangte ein Schweine haltender Gewerbe-Landwirt fast das Fünffache der Entschädigung von der Stadt, die diese üblicherweise für eine Kanalverlegung durch ein landwirtschaftliches Grundstück bisher gezahlt hatte.
Diese exorbitante Forderung hielt Herr Schäfer durchaus für gerechtfertigt. Er begründete dies durch den Vergleich mit einem anderen Fall, in dem eine solche Leitung versehentlich außerhalb des schriftlich vereinbarten Streifens verlegt worden war. Dort mußte die Stadt aber befürchten, die Kanalleitung wieder herausnehmen zu müssen, um sie im vereinbarten Streifen zu verlegen. Dies wollte man wegen der hohen Kosten verständlicherweise vermeiden. Hier aber hatte der Landwirt vorher der Verlegung der Leitung mündlich zugestimmt. Sie war dementsprechend richtig verlegt worden.
Weiter meinte Schäfer, das Landwirtschaftliche Grundstück sei Bauerwartungsland. Tatsächlich ist aber nur ein geringer Teil im Flächennutzungsplan als bebaubar ausgewiesen, während der Landwirt für die gesamte Fläche die erhöhte Entschädigung verlangte.
Wir fragen uns, ob es einem Stadtvertreter ansteht, so ungeschminkt einseitige Interessen zu vertreten. Als gewählter Stadtvertreter sollte er die Interessen der gesamten Bürgerschaft nicht so hintenanstellen wie hier. Seine unverständliche Haltung, die seine Wahl zum stellvertretenden Vorsitzenden der CDU-Fraktion nicht verhindert hat, dient anderen als böses Vorbild.
Inzwischen verlangt bereits ein weiterer Landwirt eine höhere Entschädigung für die Durchleitung, allerdings nicht rd. 50% des Grundstückswertes wie im geschilderten Fall sondern „nur" 20%.
Herrn Schäfer schien aber ein Vergleichsangebot der Stadt in Höhe von 25% des Grundstückswertes auch noch als zu gering. Sie haben inzwischen sicher erraten, für welchen Landwirt sich Herr Schäfer so einsetzte: man nennt ihn den „Schweinebauern".

Ein Jahr als Frau im Rat

Zunächst einmal waren es wohl die Männer, die die größten Schwierigkeiten damit hatten, daß nun eine Frau im Rat ist. Bei den allgemeinen Begrüßungen kam es immer wieder: „Ich begrüße Sie meine Herren! — ach, entschuldigen Sie bitte Frau Sengen".

Aber inzwischen haben sich alle — zumindest äußerlich — daran gewöhnt, daß eine Frau mitredet.

Es kommt auch vor, daß CDU-Ratsmitglieder mir ihre Anerkennung aussprechen, nachdem sie mich auf einer Veranstaltung gesehen haben, wo ich z. B. als stellv. Bürgermeisterin die Stadt repräsentiert habe.

Wo man(n) doch einer Frau bisher so etwas gar nicht zugetraut hätte. Einem neuen Mann im Rat hätte man(n) das bestimmt nicht gesagt, denn man(n) weiß ja vorher schon, daß Männer das sowieso können!

Die Aufgaben, wenn ich als stellv. Bürgermeister die Stadt Medebach repräsentiere, machen mir besonders viel Freude, weil es mir die Möglichkeit gibt, mit den Bürgern näher bekannt zu werden, zu sprechen, zu diskutieren oder auch nur neue Menschen kennenzulernen.

In Gesprächen mit anderen kommt es immer wieder vor, daß Männer dabei sind, die sagen, daß sie es toll fänden, daß ich mich so engagieren würde, mitunter auch einen Teil meiner Freizeit opfern würde, daß sicher mein Familienleben anders verlaufen würde.

Diese Männer finden dies bei mir wirklich toll (wie sie mir erklären) und im gleichen Atemzug erklären sie mir, warum ihre eigenen Frauen dies 'leider' nicht könnten (oder etwa 'dürfen'???)

Dies macht mich dann immer sehr nachdenklich; warum soll eigentlich immer noch die sogenannte Politik und alles was dazu gehört nur Sache der Männer sein???

Ein Ziel meiner Arbeit im Rat und den damit verbundenen Kontakten ist, mehr Frauen für diese Arbeit zu interessieren. Ich bin überzeugt, daß es in Medebach noch einige Frauen gibt, die ebenfalls im Rat der Stadt mitarbeiten könnten und ich würde mich freuen, wenn nach den nächsten Kommunalwahlen mehrere Frauen im Rat der Stadt Medebach vertreten wären.

Bericht aus Bonn

1. Nach dem sozialen Kahlschlag der letzten drei Jahre nimmt sich die Regierungskoalition jetzt die Arbeitnehmerrechte vor. Die Gewerkschaften sollen streikunfähig gemacht werden.
Das geht auch die Arbeitnehmer im Sauerland an, nicht nur in den Großbetrieben. Arbeitnehmer, die mittelbar infolge Streik nicht arbeiten können, sollen zukünftig kein Geld vom Arbeitsamt bekommen. Das trifft organisierte und nichtorganisierte Arbeitnehmer. Und alle müssen wissen: Wenn demnächst der Gewerkschaftszug nicht mehr fährt, wird auch niemand mehr aufs Trittbrett springen können.
Die SPD-Fraktion wird die Arbeitnehmerrechte verteidigen.

2. Die Regierung will unbedingt eine deutsche Beteiligung am SDI. Für Milliarden Dollar werden neue Waffen entwickelt und am Himmel stationiert. Wir werden mit Milliarden DM beteiligt sein.
Gleichzeitig verhungern auf der Welt täglich 40.000 Kinder. Gleichzeitig sind bei uns über 2.100.000 Menschen arbeitslos und die Armut nimmt zu. Neue Waffen machen den Frieden nicht sicherer. Die SPD ist gegen die Beteiligung am SDI.

3. Die Regierung hat den Bundeshaushalt entgegen vielen Ankündigungen nicht konsolidiert. Von 1980-1982 hat die Regierung Helmut Schmidt 114 Mrd DM neue Schulden aufgenommen, 1983-1985 hat die Regierung Kohl/Stoltenberg über 120 Mrd DM neue Schulden aufgenommen.

Der Unterschied: Die SPD hat damals mit den Kreditaufnahmen Programme zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen finanziert. CDU/CSU/FDP haben einen erheblichen Teil der Schulden aufgenommen, weil sie Einkommen umverteilen wollten von unten nach oben.

Aufgespießt

Wo bleibt der frische Wind der FDP?

Wer erinnert sich nicht noch an die flotten Plakate der FDP im Kommunalwahlkampf 1984. „Frischer Wind ins Rathaus" lautete das Motto, doch nachdem immerhin 308 Wähler in Medebach den frischen Wind gewählt haben stellt sich die Frage: „Was ist daraus geworden?"
Sicherlich durfte niemand von der zweiköpfigen FDP-Fraktion im Rat Wunder erwarten, zumal der Anfang bekanntlich für neue Ratsmitglieder nicht leicht ist. Aber trotzdem darf man sicherlich nach über einem Jahr einmal eine kurze Zwischenbilanz ziehen.

Das bisher auffälligste an der FDP im Rat waren zweifellos ihre Personalveränderungen. So schied schon wenige Wochen nach der Wahl der Fraktionsvorsitzende Korte wegen Wohnungswechsel aus dem Rat aus. Zur Überraschung aller wurde er jedoch nicht durch seinen Ersatzmann und auch nicht durch den nächsten Kandidaten der FDP-Reserveliste — sondern durch den auf Platz 5 der FDP-Reserveliste plazierten Herrn Haim ersetzt. Sicherlich muß man die Gründe einer weiblichen Kandidatin akzeptieren die gerade zum Zeitpunkt der möglichen Nachrückung ein Kind erwartete, aber die Vermutung liegt jedoch nahe, daß dem Wähler bei der Kommunalwahl wohl Kandidaten präsentiert wurden, die in Wirklichkeit an einer Arbeit im Rat der Stadt gar kein Interesse hatten — nun ja, die FDP muß selbst wissen was sie macht. Ebenso bemerkenswert ist die folgende Entscheidung der FDP. Im November 1984 verzichtet, auch auf ausdrückliche Nachfrage des Ratsmitgliedes Habel (SPD), die FDP auf die Entsendung von beratenden Mitgliedern in die Ausschüsse in denen sie regulär nicht vertreten war. Erst zwei Monate später hat die FDP wohl gemerkt, daß auch in diesen Ausschüssen Politik gemacht wird, und beantragte nun die Entsendung von beratenden Mitgliedern in diese Ausschüsse.

Bedauerlich nur, daß auch hier der erste sachkundige Bürger bereits nach der ersten Sitzung wieder die Segel gestrichen hat und der Platz neu besetzt werden mußte. Die Frage stellt sich: Geht der FDP die Luft aus? Insgesamt kann festgestellt werden, daß die FDP-Vertreter in Rat und Ausschüssen doch relativ häufig durch Abwesenheit glänzen und somit an der politischen Willensbildung oft auch nicht teilnehmen können.

Nicht verschweigen sollte man jedoch, daß die FDP-Fraktion immerhin schon einige Male einige belanglose Anfragen an die Verwaltung gestellt hat. Nicht vergessen sollte man auch einen Antrag der FDP-Fraktion zur Einführung von grünen Mülltonnen. Nach der aufgebauschten Pressereaktion der Westfalenpost konnte man den Eindruck gewinnen, die FDP sei nun in Medebach die treibende Kraft im Umweltschutz, das dem nicht so ist zeigte sich in der nächsten Umweltausschußsitzung, als der Antrag, wohl mehr aus öffentlichkeitswirksamen Gründen überhaupt gestellt, relativ schnell verpuffte.

Ja, aber das wars auch schon, aus dem ersten Jahr Erfahrungen mit dem „Frischen Wind" gibt es sonst nichts zu berichten. Man kann wohl sagen, der angekündigte frische Wind stellte sich bisher als laues Lüftchen heraus, aber Papier von Wahlkampfplakaten ist ja bekanntlich auch sehr geduldig.

Mal ehrlich hatten Sie von der FDP eigentlich etwas anderes erwartet?

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger!

Die SPD Medebach ist an Ihrer Meinung interessiert!

Unsere Gemeinde	ja	nein
ist ein attraktiver Wohnort	☐	☐
hat genügend Freizeit- und Erholungsmöglichkeiten	☐	☐
ist gut ausgestattet mit Schulen und anderen Bildungsreinrichtungen	☐	☐
hat ausreichende soziale Einrichtungen	☐	☐
hat ein zufriedenstellendes Arbeitsplatzangebot	☐	☐
hat gute Einkaufsmöglichkeiten	☐	☐
hat gute Verkehrsverbindungen	☐	☐
Haben Sie in den Ortsteilen hierzu besondere Probleme?	☐	☐

wenn ja, welche? _____

_____

1. Verkehr

Gibt es wesentliche Verkehrsprobleme?	☐	☐

wenn ja, welche? _____

_____

Ist das Busangebot ausreichend?	☐	☐

wenn nein, welche Verbesserungen der Busverbindungen wünschen Sie?

_____

_____

Gibt es ausreichende Schulwegsicherung?	☐	☐

wenn nein, wo nicht? _____

Gibt es genügend Parkplätze?	☐	☐

wenn nein, wo nicht? _____

2. Freizeit und Erholung

Hierfür wird genügend geboten	☐	☐
Ist das Sportangebot ausreichend?	☐	☐

Was fehlt? _____

Wünschen Sie ein ausgebautes Radwegenetz?	☐	☐
Beim Schwimmbad sind Verbesserungen nötig	☐	☐

wenn ja, welche _____

3. Schule und Kultur

Ich habe zufriedenstellende Erfahrungen mit

a) Grundschule	☐	☐
b) Hauptschule	☐	☐
c) Gymnasium	☐	☐
d) Volkshochschule	☐	☐

Was sollte an welcher Schule verbessert werden?

_____

Vereine sollten mehr gefördert werden	☐	☐

wenn ja, welche? _____

4. Veranstaltungen und Einrichtungen für Jugendliche

Das Angebot an Treffpunkten ist gut	☐	☐
Das Veranstaltungsangebot ist ausreichend	☐	☐
Kinderspielplätze sind ausreichend vorhanden	☐	☐

wo nicht? _____

Kinderspielplätze sind gut ausgestattet	☐	☐

wo nicht? _____

Ich vermisse für die Jugend: _____

_____

_____

5. Angebot für ältere Menschen

Das Angebot an altengerechten Wohnungen ist ausreichend	☐	☐
Pflegeplätze sind genug vorhanden	☐	☐
Das Angebot an Altenclubs und Veranstaltungen ist ausreichend	☐	☐

Ich vermisse jedoch: _____

_____

6. Einkaufsmöglichkeiten

Das Warenangebot in den Geschäften ist gut	☐	☐
Es gibt genügend Fachgeschäfte	☐	☐

Was fehlt? _____

7. Wohnverhältnisse

Der Wohnungsmietpreis ist angemessen	☐	☐
Bauplätze für Eigenheime sind ausreichend vorhanden	☐	☐

Wo fehlen welche? _____

8. Verwaltung

Ich habe gute Erfahrungen	☐	☐
Es sollte mehr für die Integration der Neubürger getan werden	☐	☐

Wobei kann die SPD oder der einzelne Kandidat Ihnen helfen?

_____

9. Müll/Umweltschutz

Würden Sie für verbesserten Umweltschutz

a) die grüne Mülltonne befürworten	☐	☐
b) den Müll nach Glas, Papier etc. im Haushalt vorsortieren	☐	☐
c) Gebührenerhöhungen bis 10%	☐	☐
20%	☐	☐
30% akzeptieren?	☐	☐

10. Der Denkmalschutz in unserer Stadt

a) reicht aus	☐	☐
b) müßte intensiviert werden (auch wenn er den einzelnen stärker belastet)	☐	☐

11. Kennen Sie den SPD Vertreter für Ihren Wahlbezirk persönlich?	☐	☐
Sollte er sich mehr um Sie kümmern?	☐	☐
Ich bin mit der Arbeit der SPD Fraktion im Stadtrat zufrieden	☐	☐

Nein, weil: _____

_____

_____

Ich wohne in Medebach ☐ Berge ☐ Deifeld ☐

Dreislar ☐ Düdinghausen ☐ Küstelberg ☐

Medelon ☐ Oberschledorn ☐ Referinghausen ☐

Titmaringhausen ☐

— bitte nach den Ortsnamen ankreuzen —

Wir wären Ihnen sehr dankbar, wenn Sie diesen Fragebogen an die SPD zurückschicken würden.

Falls Sie keine Briefmarke zu Hand haben, werfen Sie den beigefügten Umschlag so in den Briefkasten.

Ihr SPD Ortsverein Medebach

Fremdenverkehrsaufgaben nun doch wieder im Rathaus!

Nachdem das Reisebüro Ricken seit Frühjahr die gesamtstädtische Fremdenverkehrskoordinierung eingestellt hat, und nur noch für den Verkehrsverein Medebach (Stadt) tätig ist, ist es auch nicht gelungen, einen anderen privaten Träger für die gesamtstädtische Koordinierung zu finden. Zwar hatte die Stadt schnell einen Bewerber gefunden, der zog es jedoch vor, nachdem im Ausschuß zurecht eine Ausschreibung beschlossen wurde, seine Bewerbung zurückzuziehen. Aber auch den Bewerbern, die sich auf die Ausschreibung hin gemeldet haben, konnten dann die Aufgaben nicht übertragen werden, da bekannt wurde, daß fast alle Medebacher Betriebe mittlerweile einen Vertrag mit dem Reisebüro Ricken abgeschlossen hatten und eine gesamtstädtische Lösung, die dann auch mit städtischen Mitteln gefördert werden sollte, wohl derzeit nicht mehr zu realisieren war. Nun werden die anfallenden Arbeiten (Anfragen, Prospektversand usw.), wie vor einigen Jahren, wieder von der Stadtverwaltung ausgeführt. Stadtdirektor Nolte betont zwar, daß dieses sicherlich nur ein Provisorium für eine Übergangszeit sein kann, er schlägt vor, zunächst den Ausbau des Hauses Oberstraße 26 vorranzutreiben, der ggf. mit 80% Landesmitteln gefördert wird. In diesem Haus könnte dann ein Verkehrsbüro geschaffen werden, welches dann in privater Trägerschaft die Fremdenverkehrsaufgaben für die gesamte Stadt wahrnehmen soll.
Das hört sich sicherlich gut an — aber für die nächsten zwei Jahre wird wohl weiterhin die eh schon personell unterbesetzte Stadtverwaltung diese Aufgaben wahrnehmen müssen. Die Frage muß erlaubt sein, wie lange man diesen Zustand noch hinnehmen will. Sicherlich, die CDU-Ratsmehrheit setzt auf Privatisierung wo es nur eben geht und wenn möglich auf weiteren Abbau von städtischen Beschäftigten. Aber irgendwo ist das Maß auch mal voll und eine weitere Arbeitsbelastung der Beschäftigten der Stadtverwaltung (zudem wohl für mehrere Jahre) kann wohl kaum mehr geduldet werden, nicht zuletzt auch aus fürsorgerischen Gründen für das Personal.
Wie es weitergehen soll, wenn das Projekt Oberstraße 26 scheitert, steht zudem noch ganz in den Sternen.
Man kann den Betrieben wohl nur dringend anraten, ihre eigenen Bemühungen zu verstärken, denn von der kommissarischen Fremdenverkehrsarbeit im Hauptaumt der Stadt kann ohne Personalverstärkung wohl nicht viel erwartet werden.
Übrigens, im Januar soll wiederum eine Versammlung mit den Betrieben stattfinden, in der Herr Leiner aus Hilchenbach von seinen positiven Erfahrungen mit einem Verkehrsbüro in privater Trägerschaft berichten soll. Aber diese Vergleiche mit Hilchenbach sind leider nur schon zu oft angesprochen worden — aber herausgekommen ist bisher nichts.
Wer glaubt, Zuwachsraten im Fremdenverkehr wie in Hilchenbach in den 70er Jahren erreichen zu können, der dürfte wohl die Zeichen der Zeit nicht erkannt haben.

Impressum:
Herausgeber: SPD-Ortsverein Medebach
Redaktion: Dietmar Bügler, Roninghausen 5, 5789 Medebach
Satz/Druck: Kräling-Druck, Siedlinghausen

Unsere Meinung

Der Nachrücker Heiner Schmiedeler übt sich im Rat eher in Parteiideologie als in sachlicher Arbeit. Der Antrag der Stadt, mit Hilfe des städtebaulichen Beschäftigungsförderungsprogramms der Bundesregierung ein Vorhaben in der Oberstraße durchzuziehen, kann erst für 1987 berücksichtigt werden. Grund: Der Antrag lag nicht rechtzeitig entscheidungsreif vor. Herr Schmiedeler sah aber sofort in der sozialdemokratischen Landesregierung den Übeltäter, der Medebach nichts gönne. Daran knüpfte er eine lange prophetische Rede, seine schwarze Ideologenbrille ließ ihn aber die Wirklichkeit nicht mehr sehen.

Der sogleich zum Vorsitzenden der Mehrheitsfraktion gewählte Neuling steuert damit einen gefährlichen Kurs, der mitten zwischen die Klippen parteipolitischer Konfrontation führen könnte. Womöglich drückt er damit die Überzeugung auch einiger anderer seiner Parteifreunde aus, die eigene politische Meinung sei die allein und absolut richtige.
Größere Bescheidenheit wäre da angebracht. Der unverrückbare Glaube an die eigene Unfehlbarkeit ist die größte Gefahr für toleranten Umgang miteinander. Er ist das irritierende Moment bei Radikalen und Grünen. Aus ihm erwächst das Mißverständnis, die Demokratie als bloßen formalen Rahmen anzusehen. Diese Form mag man leichten Herzens über Bord werfen, wenn sie die volle Durchsetzung der eigenen „Wahrheit" behindert.
Toleranz bedeutet dann allenfalls wie im früheren Sprachgebrauch die Duldung anderer Meinungen. Gefordert aber ist die Achtung gegenteiliger Überzeugungen! Achtung setzt aber die stete Bereitschaft voraus, die Gegenmeinung dann zu übernehmen, wenn sie sich auf Grund besserer Argumente als überlegen zeigt. Diese Offenheit, diese ständige kritische Überprüfung, dieses Mißtrauen gegenüber den eigenen Überzeugungen erfüllt die bloße Form der Demokratie mit dem Inhalt der Toleranz. Erst wenn die Ideologen aller Parteien (einschließlich unserer eigenen) dies begriffen haben, werden wir uns einer funktionsfähigen Demokratie erfreuen.
Heiner Schmiedeler mag über diese notwendige Grundübereinstimmung der Demokratie noch nicht ausreichend nachgedacht haben. Wir empfehlen ihm, einmal wieder den Nathan zu lesen. Lessing mag ihm glaubwürdiger sein als der politische Gegner.

Freizeitanlage — die Chance für Medebach?

Kaum ein anderes Thema wird derzeit in Medebach so heiß diskutiert wie die geplante Freizeitanlage im Bereich zwischen Weddel und Knebelsberg.
Sollte sie verwirklicht werden, dürfte für den Raum Medebach sicherlich nicht nur eine Reihe von Arbeitsplätzen herausspringen, auch die Kaufkraft und dann zwangsläufig auch der finanzielle Spielraum der Stadt würde steigen.
Bei der Entscheidung, die Anlage in Medebach zu errichten, wollen die Investoren natürlich in erster Linie von den niedrigen Grundstückskosten im Raum Medebach profitieren, denn von der geographischen Lage wäre ihnen ein Ort mit besseren Verkehrsanbindungen und nicht gerade nur am Rande des Sauerlandes wohl lieber gewesen. Nun kommt es also darauf an, ob es der Stadt gelingt, die benötigte Fläche in dem betroffenen Gebiet zu erwerben (bzw. durch Vorverträge den Ankauf zu ermöglichen).
Wie das bekanntlich in Medebach oft so der Fall ist, hat es natürlich auch schon die unterschiedlichsten Gerüchte über den Ankaufspreis bzw. den Preis für Tauschland gegeben. Dieses Ganze ist sehr zu bedauern, denn eines ist klar, der Preis, den die Stadt für die Grundstücke im betroffenen Gebiet zahlen kann, ist für alle gleich. Wenn also Gerüchte laut werden, dem einen zahlte die Stadt mehr als dem anderen, muß man dem sagen der diese Gerüchte verbreitet, daß solche Äußerungen schlichtweg falsch sind, und im Grunde nur die Nichtverwirklichung des gesamten Projektes fördern. Daß natürlich für Tauschland außerhalb der „Bauregion" nicht die Preise wie für Land im geplanten Gelände gezahlt werden kann, sollte sich von selbst verstehen, denn als Tauschland müssen zwangsläufig größere Flächen angeboten werden. Für den doppelten Eigentumswechsel entstehen auch doppelte Umschreibungsgebühren, die die Stadt nicht aus Steuermitteln bezahlen kann.
Aber trotz dieser Probleme kann man der Sache „Freizeitanlage" wohl optimistisch entgegensehen, auch wenn bis zur Verwirklichung sicherlich noch einige Hindernisse zu beseitigen sind und noch 1-2 Jahre ins Land gehen werden.
Wenn aber überhaupt in den letzten Jahren Medebach eine Chance hatte, seine düstere Lage zu verbessern, dann ist die Freizeitanlage die bisher beste Gelegenheit dazu.

mache bei uns mit SPD Medebach

Beitritts-Formular

Bitte in Druckschrift ausfüllen

Name, Vorname _____

Postfach und /oder Straße _____

Postleitzahl /Wohnort _____

Geburtstag _____

Bitte ausgefüllt mit beiliegendem Rückantwort-Briefumschlag an uns zurücksenden.